

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 31. 32. Jahrg.

1. August 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEU u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. vierteljährlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 36-36b. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 28 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

Inhalt:

Hauptteil: Ein Dank an den Schweizer Lithographenbund. Der Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder an unseren Verband. Rundschau. Kein Illusionismus — Wirklichkeitssinn. Allgemeines: Bekanntmachung. — Die photographischen Fächer: Ortsberichte: Berlin, Chemnitz, Düsseldorf Chemigr. — Der photographische Mitarbeiter: Kollektivvertrag in der Filmindustrie. Ortsberichte: Görlitz. — Die Tapetenbranche: Die neuesten Abmachungen im Formstehergewerbe. Die Tapetenfabrikanten und der Formsteherberuf. Ortsberichte: Ellenburg, Einbeck. — Anzeigen.

Ein Dank an den Schweizer Lithographenbund.

Es gefiel uns zur besonderen Freude, die nachfolgende Einsendung veröffentlicht zu dürfen, die über echte internationale Kollegialität berichtet. Die Redaktion.

Es dürfte wohl nicht all zu viele geben, die aus der Zeit des hinter uns liegenden, grauenvollen Krieges auch eine schöne Erinnerung mit in die Zukunft nehmen. Zu diesen gehört aber unstreitig die Zahl derjenigen, die das Glück hatten, die so schwere französische Gefangenschaft mit der Internierung in der Schweiz zu vertauschen. Bekanntlich wurde mit diesem Liebeswerk versuchsweise Anfang 1916 begonnen, bald folgten im Mai desselben Jahres größere Transporte. Die deutschen Kriegsgefangenen wurden am Vierwaldstätter See und in der Ostschweiz untergebracht. Unvergesslich wird wohl allen die Zeit bleiben, wo sie an den wundervollen Gestaden des Vierwaldstätter Sees, im St. Gallener Land und in den Davoser Bergen Heilung und Genesung fanden, und sehr viele waren es, die schon nach kurzer Zeit unter sorgsamster ärztlicher Behandlung und vorzüglicher Verpflegung von ihren Verwundungen und den in der Gefangenschaft gehaltenen Krankheiten völlig hergestellt wurden. Es dauerte aber nicht lange, da sehnten sich diese Glücklichen wieder nach Arbeit, nach einem Platz, an dem sie in friedlicher Tätigkeit ausfüllen konnten. Es muß anerkannt werden, daß die schweizerische Heeresverwaltung, der wir Internierten unterstanden, diesen Wünschen in weitgehendster Weise Rechnung trug. Dort, wo es an schweizerischen Arbeitskräften mangelte, durften Internierte ohne weiteres eingestellt werden, sofern sie voll arbeitsfähig waren und denselben Lohn wie die Schweizer erhielten. Von dieser Erlaubnis wurde aus reichend Gebrauch gemacht.

Bei dieser Gelegenheit muß das entgegenkommende Verhalten unseres schweizerischen Bruderverbandes besonders hervorgehoben werden. Jeder internierte Kollege unseres Berufes, der sich bei ihm zur Arbeit meldete, konnte auch sicher bald auf Arbeit rechnen, natürlich unter der ganz selbstverständlichen Voraussetzung, daß wir in den schweizerischen Verband übertraten, und dankbar sei es anerkannt, daß wir in ihm als Mitglieder mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten galten. Das Verhältnis zu unseren schweizerischen Arbeitskollegen war das denkbar beste. Sie sahen in uns nicht den internierten Kriegsgefangenen, sondern nur den Menschen und

Kollegen, dem sie, wo es nötig war, mit Rat und Hilfe zur Seite standen und ich glaube, so mancher von uns wird von der Schweiz eine dauernde Freundschaft mit nach Hause genommen haben. Ich bin wohl des Einverständnisses aller sicher, die die Gastfreundschaft des schweizerischen Lithographenbundes und seiner Mitglieder genossen haben, wenn ich auf diesem Wege von ganzem Herzen danke für die Zeit, die wir dort unter ihnen gelebt haben. Die Erinnerung daran wird in unserem Gedächtnis immer an erster Stelle stehen. Rudolf Groll.

Der Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder an unseren Verband.

Vielen unserer jungen Mitglieder wird der Unterstützungsverein Senefelder nicht bekannt sein. Daher wollen wir eine kurze Erklärung geben.

Bis zum Jahre 1905 bestanden in Deutschland zwei kollegiale Vereinigungen, und zwar die gewerkschaftliche Organisation der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Berufskollegen herbeizuführen, und der alte deutsche Senefelder-Bund, der hauptsächlich Unterstützungen aller Art auszahlte. Das jahrelange Bemühen derjenigen Kollegen, die Mitglieder in beiden kollegialen Vereinigungen waren, durch eine Verschmelzung dieser beiden Vereinigungen in Deutschland nur eine Organisation der Berufskollegen herbeizuführen, um dadurch leichter die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen zu verbessern, war endlich 1905 von Erfolg gekrönt. Am 1. Juli 1905 entstand unsere jetzige Berufsorganisation mit ihren verschiedenen Unterstützungseinrichtungen, wie sie das heutige Statut vorsieht.

Mit den Übertrittsbedingungen war jedoch ein kleiner Teil Mitglieder des alten Senefelder-Bundes nicht einverstanden und es wurde schließlich der Unterstützungsverein Senefelder gegründet, der seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat. Dieser richtete, wie der verschmolzene Gesamtverband, in einer großen Zahl deutscher Städte Zahlstellen ein, die bis heute noch bestehen. Sein Zweck war der gleiche wie der des Senefelder Bundes. Es ist also nur ein Unterstützungsverein, der die verschiedensten Unterstützungen auszahlt, hauptsächlich Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung. Wenn seine Mitglieder vornehmlich ältere Kollegen waren, die an der Kampforganisation kein Interesse hatten, so darf doch nicht verkannt werden, daß auch so mancher jüngere Kollege dort Mitglied geworden ist. Ja es gab bis vor kurzer Zeit noch einzelne Orte mit größeren lithographischen Anstalten, wo unsere Gesamtorganisation fast keine Mitglieder hatte, dagegen alle beschäftigten Kollegen Mitglieder des Unterstützungsvereins Senefelder waren.

Seit Beendigung des Krieges ist bekanntlich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein bedeutender Aufstieg eingetreten. Tausende von Arbeitern, die früher ihrer Berufsorganisation abseits oder sogar feindlich gegenüber-

standen, fühlten das Bedürfnis, sich gewerkschaftlich zu betätigen und wurden Mitglieder ihrer Berufsorganisation. So auch bei uns. Insbesondere infolge des Tarifabschlusses im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe meldeten sich viele Mitglieder des Unterstützungsvereins Senefelder in unserem Verband an. Dabei wurde von diesen Kollegen der Wunsch nach einer Vereinigung mit unserem Verband laut.

Der Verbandsvorstand und die im Dezember 1918 stattgefundenen Gauleitersitzung lehnte es jedoch ab, diese Vereinigung zu propagieren. Es wurde den Mitgliedern des Unterstützungsvereins Senefelder überlassen, dieserhalb auf ihre Vereinsleitung einzuwirken. Die sich in unserem Verband zum Eintritt anmeldenden Kollegen des Unterstützungsvereins Senefelder wurden zunächst als neue Mitglieder bei uns aufgenommen. Es wurde ihnen empfohlen, zugleich auch im Unterstützungsverein Senefelder zu bleiben, damit ihnen bei einem evtl. Anschluß die im Unterstützungsverein Senefelder gezahlten Beiträge angerechnet werden können.

Im März d. Js. wandte sich dann der Hauptvorstand des Unterstützungsvereins Senefelder an den Hauptvorstand unseres Verbandes mit der Anfrage, unter welchen Bedingungen sich ein Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder an unseren Verband erreichen ließe. Nach einer Reihe gegenseitiger Korrespondenzen kam es am 12. Juli d. Js. zu einer Konferenz in Frankfurt a. M., an welcher drei Vertreter unseres Verbandes (und zwar zwei Kollegen des Verbandsvorstandes und der Frankfurter Gauleiter) und drei Vertreter des Unterstützungsvereins Senefelder (zwei Hauptvorstandskollegen und der Vorsitzende der Kontroll-Kommission Kollege Möhring) teilnahmen. Hier wurde folgender Beschluß gefaßt:

»Die am 12. Juli 1919 in Frankfurt a. M. stattgefundenen Konferenz der beiden Hauptvorstände des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe und des Unterstützungsvereins Senefelder, hat den Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder an den Gesamtverband eingehend durchberaten.

Die Konferenz steht einmütig auf dem Standpunkt, daß nach dem Tarifabschluß im Deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe das Weiterbestehen des Unterstützungsvereins Senefelder unmöglich ist und ein Anschluß an den Gesamtverband im Interesse aller Mitglieder liegt.

Als Grundlage beim Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder hat die heutige Konferenz folgende Richtlinien aufgestellt:

Allen Mitgliedern des Unterstützungsvereins Senefelder werden beim Anschluß an den Verband sämtliche im alten Senefelder-Bund vor 1905 und im Unterstützungsverein Senefelder gezahlten Beiträge (falls eine lückenlose Beitragszahlung erfolgte) um- und angerechnet.

Die in diesen Vereinen bezahlten Beiträge werden zusammengerechnet und in Vollbeiträge des Verbandes umgerechnet, damit diese Mitglieder sofort für alle Unterstützungen des Verbandes bezugsberechtigt werden und zwar

je nach den zugerechneten Beiträgen. Für die Höhe und Auszahlung der Unterstützungen gilt dann das Statut des Gesamtverbandes.

Beim Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder können solche Mitglieder, die nicht mehr im Berufe tätig sind, nur Beiträge für die Kranken- und Invaliden-Unterstützungseinrichtungen des Gesamtverbandes weiter zahlen.

Für dieses weitgehende Entgegenkommen geht selbstverständlich beim Anschluß das Vermögen des Unterstützungsvereins Senefelder in den Besitz des Gesamtverbandes über.

Die heutige Konferenz erwartet, daß diese Richtlinien in den Mitgliederkreisen beider Organisationen diskutiert werden.

Wären diese Richtlinien in ihren Grundzügen anerkannt, so soll eine weitere Besprechung zwischen den Hauptvorständen stattfinden, um aus den Ansichten der Mitglieder einen endgültigen Antrag für die beiderseitigen Generalversammlungen zu formulieren.

Für den Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe:

Johannes Haß, Paul Lange, Carl Hensel. Für den Unterstützungsverein Senefelder: Carl Scheitel, Georg Amler, Paul Möhring.

Dieser Beschluß soll nunmehr in den Mitgliederkreisen beider Organisationen diskutiert werden. Die Mitglieder unseres Verbandes werden nicht viel zu diskutieren brauchen, denn alle werden es begrüßen, wenn der Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder herbeigeführt wird. An den Kollegen des Unterstützungsvereins Senefelder liegt es jedoch in ihrem eigenen Interesse, in eine dazu einzuberufende Mitgliederversammlung zu gehen und diesen Richtlinien zum Anschluß zuzustimmen. Natürlich müssen diese Kollegen auch ihre Beiträge an den Unterstützungsverein Senefelder bis zum Anschluß weiter zahlen, damit ihnen dann die dort gezahlten Beiträge angerechnet werden können. Der Anschluß selbst kann erst von den Generalversammlungen beider Verbände beschlossen werden. Unsere Generalversammlung findet am 16. November d. Js. in Magdeburg statt. Bis dahin müssen besonders die Kollegen des Unterstützungsvereins Senefelder über den Wert des Anschlusses aufgeklärt werden. Dabei ist ihnen der abgeschlossene Tarif für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe zu erklären, der in seinen Bestimmungen vorsieht, daß ein Arbeitgeber nur einen Gehilfen beschäftigen darf, der in unserem Verbandsorganisiert ist.

Wir wollen hoffen, daß der Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder zustande kommt, damit endlich für alle deutschen Kollegen nur ein Gesamtverband geschaffen wird.

Rundschau.

Die Wiedemann'sche Druckerei A.-G., Saalfeld, Thüringen, hat im Wege der Fusion alle Aktien der keramischen Buntdruckerei Ambrosius & Co., G. m. b. H., Kirchhain, N.-L., übernommen. Und der Kirchhainer Betrieb nach Saalfeld verlegt. Der Geschäftsführer Heinrich Ambrosius tritt in das Direktorium der Wiedemann'schen Druckerei ein und übernimmt dort die Leitung der vereinigten keramischen Betriebe. Dazu gehört auch der vor einiger Zeit übernommene und ebenfalls nach Saalfeld verlegte Betrieb der Stein- und keramischen Buntdruckerei G. m. b. H., Leipzig. — Durch die Vereinigung der drei keramischen Betriebe gehört die Wiedemann'sche Druckerei A.-G. zu den ersten und größten der Buntdruckereibrandhe.

Deutsches Steindruckgewerbe.

Geschäftsergebnisse: Die Firma *Neue Photographische Gesellschaft, Berlin-Steglitz*, erzielte im Geschäftsjahr 1918 einen Rohgewinn von 452.551 Mk. Nach Vornahme der Abschreibungen in Höhe von 137.368 Mk. verbleibt ein Reingewinn von 315.181 Mk., um den sich der Verlustvortrag aus 1917 von 487.297 Mk. auf 172.116 Mk. ermäßigt. In dem Bericht wird weiter gesagt: Infolge der allseitig regenden Nachfrage nach unseren Erzeugnissen, insbesondere auch durch umfangreiche Heereslieferungen, konnte der Umsatz gesteigert werden. Leider brachten die Ereignisse des November uns eine starke Verminderung der Aufträge. — Die

Firma: *Vereinigte Kunstanstalten A.-G. in Kaufbeuren*, deren Aktiva und Passiva mit Ausnahme der Immobilien und Hypotheken an eine Züritzer Gesellschaft übergegangen sind, vereinnahmte aus Mieten 41.818 (i. V. 34.278) Mk. Die Bilanz schließt nach 7.110 (3182) Mk. Abschreibungen wiederum ohne Gewinn oder Verlust. In der Generalversammlung wurde die Änderung der Firma in *»Vereinigte Druckereien Kaufbeuren, A.-G.«* beschlossen.

»Der Proletarier«, die Zeitung des Fabrikarbeiterverbandes, berichtet, daß dieser Verband die halbe Million Mitglieder bereits überschritten habe.

Besondere Zuweisungen von Lebensmitteln an die heimkehrenden Kriegsgefangenen. Der Reichsernährungsminister hat bestimmt, daß die jetzt heimkehrenden Kriegsgefangenen von den Kommunalverbänden, von denen sie zum ersten Mal in die ordentliche Lebensmittelversorgung aufgenommen werden, Sonderzuweisungen an Lebensmitteln erhalten. Die Kriegsgefangenen werden während der ersten sechs Wochen nach ihrer Heimkehr neben den allgemeinen Rationen wöchentlich 1 Pfund Brot, 50 Gramm Fett, 250 Gramm Hülsenfrüchte und 125 Gramm Auslands-Speck oder Konservenfleisch und zwar zu den festgesetzten verbilligten Preisen erhalten. Die Ausgabe der Sonderzuweisungen ist auf dem Entlassungsschein (Überweisungsschein, U laubsschein) unter Stempel und Unterschrift für jede Woche zu vermerken.

Deutscher Gutsbeamten-Verband, Sitz Berlin. Am Sonntag, den 20. Juli, tagten im Herrenhause Vertreter der Gutsbeamten aus allen Teilen Deutschlands. Nach einem eingehenden Referat, das die Notwendigkeit des engsten Zusammenflusses aller Gutsbeamten betonte, faßten die Teilnehmer der Versammlung einstimmig den Beschluß, sofort eine Organisation auf gewerkschaftlicher Grundlage zu gründen, die alle Gutsbeamten umfaßt. Darunter sind zu verstehen: Landwirtschafts-, Bureau-, Brennerei-, Forst-, Trocknerei-, Molkerei- und Gärtnerbeamte, sowie sämtliche weibliche Angestellte dieser Fachgruppen. Die Vereinigung führt den Namen: *»Deutscher Gutsbeamten-Verband«* — freigewerkschaftliche Organisation —, sie erstrebt die sofortige Beseitigung der augenblicklichen Notlage der Gutsbeamten sowie die Förderung und Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ziele.

Die Bäcker und Konditoren halten vom 4. August ab ihren dritten internationalen Kongreß in Amsterdam ab.

Der internationale Gewerkschaftskongreß. Das Sekretariat des niederländischen Gewerkschaftsbundes teilt der hiesigen Vertretung des W. T. B. mit, daß dem internationalen Gewerkschaftskongreß, der am Montag, den 28. Juli beginnt, eine Vorkonferenz vorangehen wird, die am 25. anfängt und im kleinen Saale des Concertgebouw abgehalten werden wird. Sie wird aus je 2 Mitgliedern jeder auf dem Kongreß vertretenen Delegation bestehen, wahrscheinlich aus den Vorsitzenden und Sekretären der Gewerkschaftszentralen, die schon vor dem Kriege dem internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossen waren. Diese Konferenz wird die Aufgabe haben, sich mit verschiedenen mit der Erledigung der Geschäfte des alten internationalen Gewerkschaftsbundes zusammenhängenden Angelegenheiten zu befassen und die letzten vorbereitenden Maßregeln für den Kongreß zu treffen. Sie wird nicht öffentlich sein. Die Tagesordnung für den Kongreß ist endgültig folgendermaßen festgesetzt worden: 1. Eröffnung, 2. Wahl des Bureau, 3. Mandatsprüfung, 4. Geschäftsbericht der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes einschließlich der Berichte der Amsterdamer Zweigstelle und des Pariser Korrespondenzbureau, 5. Beratung des Entwurfs der neuen Statuten des internationalen Gewerkschaftsbundes, 6. das zeitweilige Außenkraftsetzen der Bestimmung der alten Internationalen, laut der aus jedem Lande nur eine Gewerkschaftszentrale dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sein kann, 7. Bestimmung des Landes, in dem der internationale Gewerkschaftsbund seinen Sitz haben wird, 8. Wahl der Leitung des internationalen Gewerkschaftsbundes, 9. Festsetzung der Beiträge, 10. Beratung über das Berner Programm von 1919 mit Einschluss des Programms von Leeds (1916) und des Berner Programms von 1917, 11. Stellungnahme zur internationalen Lage, 12. Beratung über die Aktion des internationalen Gewerkschaftsbundes, 13. Stellungnahme zur Berner Resolution von 1919 über den Völkerverbund, 14. Stellungnahme zu dem im Oktober 1919 in Washington stattfindenden Kongreß.

Folgende Länder werden auf dem Kongreß vom 28. Juli vertreten sein: Nordamerika, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Serbien, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn. Von den zu erwartenden Delegierten seien erwähnt: Für Dänemark Stauning, für England Ben Tillet, Appleton, Thorne, Williams und Buning, für Amerika Gompers und Tobin, für Österreich Hueber, Huppert, Domes, Pick, Grünwald und Boschek. Aus Deutschland werden erwartet: Leglen,

Sassenbach, Schumann, Seltz, Huesch, Lelpart, Sadse, Paepflow, Brey, Reichel, Röder und Kater. **Bürokratismus und Volksgesundheit.** In einer Arbeit über »die nächsten Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege« unterwirft Prof. Dr. Abel, Jena, in der »Öffentlichen Gesundheitspflege« (1919 Nr. 1) das Gebaren der alten Finanzverwaltung einer Kritik. Prof. Abel hatte, wie er sagt, 10 Jahre lang das zweifelhaft Vergnügen die weltfremden Beratungen des Staatshaushalts-etats zwischen der Medizinal- und der Finanzverwaltung in Preußen mitzuerleben. »Wenn es, so heißt es, nach langem Feilschen endlich gelungen war, dem Finanzressort die Zustimmung zu gewissen Aufwendungen zu entreißen, so war damit noch lange nicht gesagt, daß sie auch gemacht werden durften. Die Finanzverwaltung hielt sich nämlich möglichst ihre Zustimmung zu jeder einzelnen Ausgabe vor, fand aber immer Gründe, sie nicht zu bewilligen, und so wurde schließlich das ausgesetzte Geld oft tatsächlich nicht ausgegeben. Wo aber freie Hand für die Medizinalverwaltung bestand, waren die verfügbaren Summen lächerlich gering.« So waren, wie Prof. Abel weiter schreibt, 1913 im ganzen preußischen Staat volle 4471 Mk. zur Bekämpfung der Tuberkulose, 2500 Mk. für Krüppelfürsorge, 50543 Mk. für Säuglings- und Kinderfürsorge, 7583 Mk. für Beihilfen zu Wasserleitungen bestimmt worden. Wichtiger als die Volksgesundheitspflege war die Viehzucht, denn einem Etat von 5878960 Mk. im Ordinarium für die Veterinärverwaltung 1913 standen 5632194 Mk. für die Medizinalverwaltung gegenüber. 203000 Mk. wurden allein für Tuberkuloseverluste unter dem Vieh bezahlt. Ebenso lächerlich waren die Summen, die das Reich für solche Zwecke auswarf, z. B. 100 000 Mk. für Tuberkulosebekämpfung, 60 000 Mk. für die Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit etc. Wie wird das heute, wo zum großen Teil noch die alten Geheimräte den Etat vorbereiten. Der soziale Etat allein ist das Spiegelbild einer sozialen Verwaltung. Auch unsere von unten her kommenden gewerkschaftlichen Kämpfe für soziale Besserung verlangen gebieterisch, daß auch von oben her in sozialem Geiste verwaltet wird, wenn ein sozialer Fortschritt werden soll.

Kein Illusionismus — Wirklichkeitssinn.

Sicherlich steckt in der deutschen Arbeiterschaft eine Summe von erstem Willen und restlosem Streben, von Opfermut und Begeisterung, von Sachkunde, Erfahrung und Pflichttreue. Viel guter Wille ist vorhanden, viel Wissen und Können und ehrliches Ringen um die Verwirklichung der sozialistischen und demokratischen Gedanken und Ziele. Daneben beobachten wir aber auch noch allzu viel Unklarheit und Gärung, allzu viel Phantasterei und Illusionismus. Es gibt leider unter uns noch zahlreiche Leute, die infolge der seelischen Erregungen durch Krieg und Revolution aus dem Gleichgewicht geraten sind, den Boden unter den Füßen verloren haben und nun Luftgebilden nachjagen. Sie wollen, da ihnen das richtige Augenmaß fehlt, mit einem kühnen Schwunge aus der kapitalistischen Gesellschaft in den sozialistischen Zukunftsstaat hineinspringen, wobei sie natürlich die entgegenstehenden Schwierigkeiten als gering achten und die Stoßkraft des Proletariats überschätzen. Weil sie Utopisten sind, die von einem Nirgendland ohne Mängel und Fehler träumen, weil sie weltfremde Schwärmer sind, die die Menschen nicht so nehmen wie sie sind, sondern wie sie sein sollen, weil sie Illusionen nachjagen und mit den Händen nach Sternen haschen, geraten sie ins Siraucheln und liegen mit gelähmten Schwingen am Boden. Dann stellt sich die Enttäuschung ein, die seelische Hochspannung der Revolutionszeit flaut ab und die einstmals so begeisterten Überflieger entwickeln sich zu nüchternen Philistern, die sprechen: »Es hat ja doch alles keinen Zweck, es bleibt so, wie es immer gewesen ist!« Wie ein giftiger Mehltau legt sich diese Mißstimmung und Tatlosigkeit auf die grünen Hoffnungssaaten der Revolution und ebnet der Reaktion wieder den Weg.

Der Mangel an Wirklichkeitssinn zeigt sich zunächst darin, daß man der Revolution eine Wunderkraft zuschreibt, die sie nicht besitzt und ihrem Wesen nach auch nicht besitzen kann. Es war der Glaube verbreitet, die siegreiche Revolution werde mit einem Schlag die Menschen und Verhältnisse umgestalten, sie werde die früheren, kapitalistisch verseuchten Menschen innerlich erneuern und mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen und sie werde auch eine gründliche, schnelle Umwälzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit sich bringen. Das war ein Irrtum, der sich bitter gerächt hat.

Die Revolution kann nichts neues schaffen, sie vermag nur das Alte, Überlebte zu stürzen und hinwegzuräumen und dadurch dem Werden des Neuen die Bahn freizumachen. Sie ist der Anfang und der Ausgangspunkt einer freiwilligen Entwicklung, sie gibt den Anstoß zu einer allmählichen Umgestaltung der Menschen und der Dinge. Durch die Revolution wird niemand zu einem wirklichen Tatsachallisten, der es nicht schon vorher gewesen ist, es ist ihm nur die größere Möglichkeit

gegeben, ein solcher zu werden. Da ist es denn wünschenswert, daß recht viele Menschen von dieser Entwicklungsmöglichkeit zum Sozialismus Gebrauch machen. Ebenso ist es auch mit den Verhältnissen bestellt. Auch sie bleiben einseitigen, wie sie waren, aber die Menschen sind infolge der Revolution mehr als bisher instande, eine Neuordnung der Dinge durchzuführen. Wenn die Macht der Ausbeuter und Unterdrücker durch eine Revolution gebrochen worden ist, haben die Arbeiterscharen ihrerseits die Macht bekommen, eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ins Dasein zu rufen, in der es keine Ausbeutung der Menschen durch den Menschen mehr gibt, in der die Gleichberechtigung aller Menschen gilt, die der Gesellschaft gegenüber ihre Pflicht un Schuldigkeit tun.

Eine zweite Illusion ist es, wenn man glauben wollte, eine solche Sozialisierung und Demokratisierung unseres gesamten Lebens lasse sich ohne die ernste Mitarbeit aller Beteiligten, gewissermaßen im Handumdrehen aus dem Ärmel schütteln. Oder wenn man glaubt, sie lasse sich vom grünen Tische aus, nach Schema F, einfach anordnen und durchführen. Solange noch die Masse der Proletarier nicht begriffen hat, daß die Freiheit auch für sie eine Selbstbefreiung ist, so lange sie noch dem Wahn huldigt, daß die Verwirklichung des Sozialismus eine Sache der Regierungen und Behörden und Parlamente sei, solange wird sie vergebens auf ihre endgültige Befreiung vom Joch des Kapitalismus und von der Bevormundung durch den Bürokratismus warten. Hier kommt es darauf an, den Massen die Überzeugung beizubringen, daß ihnen der Sozialismus nicht als reife Frucht von selbst in den Schoß fallen wird, sondern daß er nur das Ergebnis ernster, angestrengter Arbeit sein kann. Gerade unter den gegenwärtigen ungünstigen Verhältnissen ist es doppelt notwendig, daß wir uns der Schwierigkeiten, die einer Sozialisierung im Wege stehen, bewußt werden. Dieses Bewußtsein soll uns natürlich nicht zur Tatlosigkeit verleiten, im Gegenteil, es soll uns zu höchster Kraftanstrengung anfeuern. Derjenige Mensch und diejenige Menschenklasse werden die größten und dauerndsten Erfolge erzielen, die mit Wirklichkeits-sinn ausgestattet nützlich und zähe ihren Weg gehen und unverrückt ihr Ziel im Auge behalten. Projektenschwärmer und schwärmerische Weltverbesserer werden eine Enttäuschung über die andere erleben und niemals ihr Ziel erreichen. Darum muß sich die deutsche Arbeiterschaft von Utopismus und Illusionismus fernhalten, sie muß sich mit beiden Füßen auf den Boden der Wirklichkeit stellen, dann kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben. Dringender als jemals tut uns heute Wirklichkeitsinn not.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Bekanntmachung

betreffend Tarifvertrag für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe. Durch § 15 des Tarifvertrages für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe ist die Errichtung von Schiedsgerichten den beiderseitigen Organisationsvorständen zur Ausführung überwiesen worden.

Auf Grund eines Beschlusses der beiderseitigen Organisationsvorstände haben die Bestimmungen hierüber folgende Fassung erhalten:

Zur Durchführung und Überwachung der in diesem Verträge festgesetzten Bestimmungen werden für jeden einzelnen Druckort Tarifkommissionen gebildet, die aus mindestens zwei und höchstens drei Arbeitgeber bzw. deren Stellvertreter und der gleichen Anzahl Gehilfen und je einem Stellvertreter bestehen sollen. An den Kreisvororten tritt das Kreisschiedsgericht an die Stelle einer Tarifkommission.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Auslegung der Bestimmungen dieses Tarifes wird am Vorort jedes Tarifkreises ein Kreisschiedsgericht aus je drei Mitgliedern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und mindestens je zwei Stellvertretern gebildet. Die beiderseitigen Kreisvertreter sind Mitglieder des Kreisschiedsgerichts, dürfen aber nicht Vorsitzende sein und sind nicht stimmberechtigt. Die Mitglieder des Kreisschiedsgerichtes werden für die Dauer der Tarifvertragsperiode von beiden vertragsschließenden Verbänden bestimmt.

Als Berufungsinstanzen gilt in Berlin zu erachtendes Tarifamt, das sich zusammensetzt aus je sechs Arbeitgebern und sechs Arbeitnehmern, die für die Dauer der Tarifvertragsperiode von beiden vertragsschließenden Verbänden bestimmt werden. Die Vorstände der beiden vertragsschließenden Verbände haben das Recht, je zwei Vertreter in das Tarifamt zu entsenden, die mit beiderseitiger Stimme an den Sitzungen teilnehmen.

Das Tarifamt ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Mitglieder von jeder Seite anwesend sind. Kommt das so zusammengesetzte Tarifamt nicht zu der Einigung, so muß eine neue Sitzung des Tarifamtes unter Vorsitz eines von beiden Parteien gewählten Juristen stattfinden, der nicht Angehöriger des Gewerbes ist. Wenn beide Parteien sich nicht

auf die Person eines Juristen einigen, so wird ein solcher bzw. eine andere in tariflichen Fragen erfahren Persönlichkeit vom Reichsarbeitsministerium bestimmt.

Die Entscheidung des Tarifamtes ist endgültig. Für die Führung der Geschäfte der Kreisschiedsgerichte und des Tarifamtes sind besondere Geschäftsordnungen auszuarbeiten. Die Abgrenzung der Tarifkreise erfolgt durch gemeinsame Beschlüsse der beiden Tarifvertragskontrahenten.

Vorstand des Verbandes deutscher Steindruckereibesitzer: (Abt. Schutzverband)
Der Vorsitzende: Dr. L. Hageberg.
Verband der Lithographen, Steindruckereibesitzer und verwandten Berufe:
Der Vorstand: I. A. Paul Lange.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Berlin. Die Chemigraphen Berlins beschäftigten sich in den Versammlungen vom 26. Juni und 10. Juli 1919 mit dem Bericht von der Tarifausschussitzung, der Stellungnahme zur Generalversammlung sowie Ausrufung des Schlichtungsausschusses zur Lohnregulierung. In der ersten von 650 Chemigraphen besuchten Versammlung gab der Vorsitzende Kollege Hehr einen ausführlichen Bericht über die Tarifausschussitzung. Nach einer lebhaften Debatte ergab die Abstimmung über die Zwangsorganisation. Erhöhung der Kilscheepreise sowie Lehrlingsfrage zum Teil einstimmige Annahme der Abmachungen und die Annahme der folgenden Resolution:

Die wiederholte Ablehnung unserer minimalen gerechten Forderungen, die in der Dezember-Resolution festgelegt sind, kommt seitens der Prinzipale einer Brücklerung gleich. Wir nehmen den Kampf auf und geben unseren bisherigen Verhandlungsführern den Auftrag, die Verhandlungen abzubrechen und die gesamte Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss zur Entscheidung zu überreichen.

In der Versammlung vom 10. Juli wurde die Stellungnahme zur Generalversammlung mit der Motivierung verlas, erst die Veröffentlichungen des Hauptvorstandes in der »Graphischen Presse« abzuwarten. Betreffs Anrufung des Schlichtungsausschusses muß der Vorsitzende erklären, daß nach § 20 und 21 des Gesetzes über Tarifverträge der Schlichtungs-Ausschuss kaum ein Urteil fällen wird, weil durch Annahme der 18 Mk resp. 15 Mk die Parteien sich geeinigt hätten. Was den Termin bis zum 31. Oktober d. Js anbelangt, so ist an ein Abbauen der Teuerungszulagen nur zu denken, wenn die Lebensmittelpreise dementsprechend gesunken sind. Wegen der Arbeitszeitverkürzung werden wir aus den Verhandlungen der Münchener und Düsseldorfer Kollegen unsere Folgerungen ziehen. Der Vorstand bittet deshalb in der Debatte, Abstand von der Resolution zu nehmen. In der nun folgenden Diskussion sind sich die Redner darin einig, den Tarif nur so lange anzuerkennen, als er unsere wirtschaftliche Existenz garantiert. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß für unsern Beruf nur eine Tarifgemeinschaft Vorteil bringen könne, denn durch Verhandlungen sei schließlich mehr zu erzielen als durch einen Streik. Unsere Organisation kämpfe um wirtschaftliche Vorteile, nicht aber um des Kampfes willen. Nach Bekanntgabe, daß der Tarif bis zur Abstimmung durch die Mitglieder nur als provisorisch gilt, wird dem Verlangen, für die Vertrauensleute sogenannte Richtlinien über Lohnfrage, Lehrlingswesen und Mitbestimmungsrecht auszuarbeiten, stattgegeben. Nachdem die Wahl eines Gehilfenvorsitzenden im Tarifschiedsgericht stattgefunden, wird nach Erledigung einiger interner Fragen die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Die am 2. Juli 1919 im Restaurant »Hoffnung« versammelten Chemigraphen faßten nach reger Aussprache folgende Resolution: »Die Chemigraphen der Mitgliedschaft Chemnitz setzen ihre ganze Hoffnung auf die Chemigraphenkonferenz. Mit größtem Bedauern mußten die Kollegen Kenntnis nehmen von dem geringen Resultat und sprechen ihre volle Entrüstung aus. In Punkt Arbeitszeit wurde zum mindesten eine Verkürzung erwartet und ist die Begründung seitens der Prinzipale dadurch hinfällig, daß der Tarif der Lithographen und Steindruckereibesitzer bereits eine Durchbrechung der 46-Stundenwoche mit sich gebracht hat. Auch verurteilen die Kollegen eine Trennung der Lohnzulagen von Mk. 18.— und Mk. 15.—. Es bleiben doch dadurch die schon ohnehin niedrigen Löhne der Provinzstädte immer mehr zurück. Die Kollegen hoffen sich nur dadurch beruhigen, daß der Tarif vor ganz kurzer Dauer ist und erwarten beim nächsten Tarifabschluß die weitgehendste Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche.

Düsseldorf, Chemigraphen. Alle Chemigraphen Deutschlands werden in der »Graphischen Presse« mit Interesse die letzten Tarifverhandlungen verfolgt haben. Unsere Wünsche sind dabei in keiner Weise erfüllt worden. Ich will hier nicht auf die ganzen Verhandlungspunkte eingehen, sondern nur einen Hauptpunkt herausgreifen, das ist die Arbeitszeit. In dem Bericht heißt es: die Gehilfen-

vertreter haben mit größter Zähigkeit um die Arbeitszeitverkürzung gekämpft, doch ohne Erfolg. Es ist bedauerlich, daß es den Gehilfenvertretern nicht gelungen ist, den Kampf zu gewinnen; aber noch bedauerlicher ist es, daß aus diesem Kampf eine Verschlechterung für die Gehilfen herauskam insofern, als in den Städten, in welchen bereits eine 44- beziehungsweise 46-stündige Arbeitszeit besteht, ein lokaler Ausgleich gesucht werden soll.

In einer am 14. Juli stattgefundenen Sitzung zwischen den Prinzipalen und Gehilfen Düsseldorf stellten die Prinzipale das Ansuchen an die Gehilfen, statt 45 wieder 48 Stunden zu arbeiten und mit einer Teuerungszulage von 7,50 Mk. statt der beschlossenen 15 Mk. zufrieden zu sein. Begründet wurde dies Ansinnen damit, daß in den Firmen bereits seit Monaten mit Verlust gearbeitet würde und sie die Betriebe eventuell schließen müßten. Die Gehilfen Düsseldorf können sich mit diesem Ansinnen und der Begründung selbstverständlich absolut nicht einverstanden erklären und haben dies in einer Versammlung durch folgende Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die Chemigraphen Düsseldorf lehnen die Heraussetzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden ab. In bezug auf die Lohnfrage erklären sie folgendes: Sie sind der Auffassung, daß die neue tarifliche Zulage von den Firmen getragen werden kann. Sollte dieses nicht zutreffen, geben sie es den Unternehmern anheim, die Gehilfen durch Einsichtnahme in die Bücher durch vereidigte Bücherrevisoren unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vom Gegenteil zu überzeugen. In diesem Falle erklären sich die Gehilfen zu weiteren Verhandlungen bereit.

Photogr. Mitarbeiter.

Kollektiv-Vertrag in der Filmindustrie.

Für das Gebiet des Zweigverbandes Groß-Berlin ist zwischen dem Arbeitgeberverband der Filmindustrie und den in Betracht kommenden freien Gewerkschaften am 2. Juli ein Kollektiv-Vertrag abgeschlossen worden. Danach beträgt die Arbeitszeit für Angestellte und Arbeiter 45 Stunden wöchentlich. Von den Löhnen interessieren uns hier besonders die Löhne der mit photographischen Arbeiten beschäftigten Personen.

Es erhalten an Mindestlohn wöchentlich: Abteilungsleiter, Abteilungsleiter und Vorarbeiter 160 Mk.; Atelierphotographen, Negativ- und Positiventwickler, Kopierer, die nicht gelernte Berufsphotographen sind, 112 Mk.; gelernte Berufsphotographen und Fabrikationsarbeiter dieser Kategorie, die über 3 Jahre in diesem Beruf tätig sind, 140 Mk.; Titelfotographen, wenn sie nicht gelernte Photographen sind, oder 3 Jahre ihre Posten bekleiden, 125 Mk.

Arbeiter und Arbeiterinnen, die vorwiegend in der Dunkelkammer beschäftigt werden, erhalten eine wöchentliche Zulage von 5 M., Übersunden werden bis 8 Uhr abends mit 25 Proz., nach 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens mit 50 Proz., Sonnabends abends 8 Uhr bis Sonntag früh 8 Uhr mit 100 Proz. Aufschlag bezahlt.

Urlaub wird nach sechsmonatlicher Tätigkeit 6, im zweiten und folgenden Jahre bei fortlaufender Tätigkeit im selben Betriebe 12 aufeinander folgende Arbeitstage gewährt.

Dann regelt der Kollektiv-Vertrag noch die Lohnzahlung, Kündigungsfristen und die sonstigen Verhältnisse. Die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen ist vorgesehen. Außerdem ist die Auszahlung von Entschuldigungsvermögen festgelegt worden. Die Lohnsätze wurden für die Fabrikationsarbeiter rückwirkend ab 10. Februar gewährt. Von allgemeinem Interesse ist noch, daß die Verhältnisse der Einzeldarsteller, Regisseure, Hilfsregisseure und Massendarsteller ebenfalls geregelt sind. Die Auswüchse der Filmbörse sollen beseitigt werden. Wenn sich der Filmberuf einigermaßen hält, dürfte der Kollektivvertrag nützlich wirken können. Voraussetzung ist hierbei, daß die Organisationen sich für die Durchsetzung des Vertrages einsetzen.

Ortsberichte.

Görlitz, Photographen. Am 14. Juli hielt die hiesige Mitgliedschaft eine sehr gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach der üblichen Versammlungseinleitung wurde der Wunsch ausgesprochen, die Photographen-Zwangslösung Görlitz zu bitteln, die Angelegenheiten der Gehilfen einer schnelleren Bearbeitung zu unterziehen. So konnte Kollege Braun weder Bericht erstatten über das Resultat einer gegen eine Görlitzer Firma im April eingereichten Beschwerde, noch über das Ergebnis des an die Innung eingereichten Lohnrates. Besonders über das Lehrlingswesen wurde eine bewegte Debatte geführt. Der Antrag, hierüber bei der Innung vorzusprechen, wurde ebenso wie der Antrag auf Gründung einer Lehrlingsabteilung angenommen. Weiter gedachte Kollege Mattuschek des auscheidenden Gründers, des Kollegen M. Heinrich. Er scheidet jedoch in dem Bewußtsein, trotz mancher

Mißerfolge das Ziel, die Photographen dem Senefelderbund anzugliedern, doch noch erreicht zu haben. Bereits in der Versammlung vom 18. Juni wurde Kollege W. Wagner an Stelle des auscheidenden M. Heinrich gewählt und so wird Kollege Wagner gleichzeitig Mitglied der Görlicher Gehilfenkommission. Zur Entlastung des Schriftführers übernahm Kollege Hamdorf die Kassengeschäfte. Durch den ständigen Beitritt neuer Mitglieder dürften wir in Görlich wohl ziemlich bald sämtliche Kollegen und Kolleginnen organisiert haben. Nachdem Kollege Schmal, welcher als Vorsitzender des Senefelder Bundes ständig an den Versammlungen teilnimmt, die große Wichtigkeit der Statistiken nachgewiesen hatte, wurde die nächste Versammlung auf Freitag, den 15. August festgesetzt.

Die Tapetenbranche.

Die neuesten Abmachungen im Formstechergewerbe.

Der unselige Krieg mit seinen Begleiterscheinungen hat überall Verhältnisse zutage gefördert, die jeder Beschreibung spotten. So auch im Formstechergewerbe, dem sogenannten Kunsthandwerk. In den meisten anderen Berufen hat man inzwischen dafür Sorge getragen, daß die Berufsangehörigen eine, den teuren Lebensverhältnissen einigermaßen entsprechende Entlohnung erreicht haben. Von einem auskömmlichen Lohn kann ja heute überhaupt nicht mehr geredet werden. Anders liegen nun die Dinge in unserem Berufe. Man sollte es kaum für möglich halten, welche Hungerlöhne man den Formstechern nach dem Kriege angeboten und leider auch bezahlt hat. Nach den Berichten von Einbeck und anderen Orten sind dort Löhne von 80 Pfg. bis 1,20 Mk. die Stunde bezahlt worden. Da ist es sehr gut zu verstehen, wenn die Einbecker Kollegen sich auferafft und die Arbeit eingestellt haben. Unser Zentralvorstand hat nun mit den Formstechereibesitzern in Hannover Verhandlungen gepflogen. Nun sollte man doch meinen, daß dabei etwas Ersprießliches herausgekommen wäre. Aber weit gefehlt. Die Hauptsache war ja für uns, einen möglichst guten Einheitslohn heraus zu schlagen. Man hat nun dort einen Höchstlohn von 1,80 Mk. die Stunde festgelegt, unserem Handwerk und unserer Arbeit entsprechend viel zu niedrig bemessen. Diesen Lohn erhält z. B. in Köln jeder Hilfsarbeiter, zum Teil steht er darin noch höher. Daß der Formstecher sein Werkzeug selbst stellen muß, sei nur nebenbei erwähnt. Jedenfalls finden wohl die meisten Kollegen, daß der Lohn von 1,80 Mk. viel zu niedrig ist. Man sieht doch tatsächlich den anderen Berufen gegenüber beschämend da. Wie unser Lohn jetzt steht, befinden wir uns im Verhältnis zu der Zeit vor dem Kriege in bedeutend schlechterer Lage. Damals standen wir im Lohnverhältnis zu den anderen Berufen ziemlich auf gleicher Höhe. Das ist aber nicht mehr der Fall. Wenn man heute nach dem Verdienst gefragt wird, so muß man sich tatsächlich schämen, als »Kunsthandwerker«, der vier Jahre gelernt hat, die Wahrheit auszusprechen, und man weiß nicht, womit man diesen geringen Lohn rechtfertigen soll. Was nun die anderen Lohnsätze anbetrifft, so kann man nicht umhin, mit einigem Kopfschütteln vorbei zu kommen. Der Lohn nach 3 Jahren beendeter Lehrzeit beträgt 1,50 Mk. die Stunde. Also eine Schwankung von 30 Pfg. Die Kollegen sind nun hier doch wieder der Willkür der Unternehmer preisgegeben. Die älteren Kollegen werden schon wissen, was sie zu verlangen haben, aber anders steht es mit den jüngeren. Hier mußte eine feste Norm geschaffen werden, um dem Unternehmern zu zeigen, daß wir jetzt auch ein Wörtchen mitzureden haben. Ich denke, wenn wir in der heutigen Zeit nichts für uns erreichen, werden wir es nie fertig bringen. Und nun ein paar Worte zu der Lehrlingsfrage.

Hier ist man tatsächlich unter den früheren Grundsatz (auf fünf Gehilfen ein Lehrling) heruntergegangen, erstatt die Zügel etwas straffer zu spannen. Die Unternehmer stehen doch auf dem Standpunkt, daß sie nicht alle Gehilfen werden beschäftigen können, auf der anderen Seite erhalten sie die Erlaubnis, noch mehr Stecher heranzubilden, als ihnen früher gestattet wurde.

Nun sind aber noch viele andere Sachen zu regeln, wovon in den Abmachungen überhaupt nichts erwähnt ist, z. B. Überstunden, Feiertage, Werkzeug usw., was nach meiner Ansicht auch von großer Bedeutung ist und unbedingt geregelt sein müßte. Es wird sich wohl in der jetzigen Zeit, wo noch so viele Kollegen arbeitslos bzw. anderweitig beschäftigt sind, niemand dazu hergeben, um Überstunden zu machen. Es wäre allerdings besser, wenn diese Fragen auch in den Abmachungen festgelegt wären. Also alles in allem gibt der ganze Abschluß allerhand Anlaß zu Beanstandungen. Nun ist es ja nicht jedermanns Sache, Tarife abzuschließen, denn kritisieren ist leichter als besser machen. Aber man hätte doch wenigstens etwas mehr Rücksicht auf die großstädtischen Verhältnisse nehmen können. Die Zirkulare, die im Dezember vorigen Jahres rundgesandt worden sind, worin der Höchstlohn auf 1,20 Mk. festgelegt war, war für die damalige Zeit auch zu niedrig. Wenn nach meiner Ansicht beispielsweise 1,50 Mk. angesetzt worden wäre, so hätte man heute die Steigerung gar nicht so stark empfunden, und es hätte sich bei den jetzigen Verhandlungen bedeutend mehr erzielen lassen. Ich bin der Ansicht, daß ein Mindestlohn von 1,50 Mk. und ein Höchstlohn von 2,50 Mk. verlangt werden mußte. Wenn auf dieser Basis verhandelt wurde, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach doch mehr herausgekommen als der jetzige Höchstlohn von 1,80 Mk. So haben die ganzen Abmachungen bei den hiesigen Kollegen berechtigten Unwillen hervorgerufen. Wir wollen aber hoffen, daß die nächste Zeit uns Verhältnisse bringen möge, die auch dem Formstecher ein angenehmeres Dasein und Freude an der Arbeit schaffen.

Die Tapetenfabrikanten und der Formstecherberuf.

Die Tapetenfabrikanten haben bekanntlich den rigorosen Beschluß gefaßt, von nun ab alle zwei Jahre eine neue Musterkollektion stechen zu lassen. Die bei Ausbruch des Krieges, im Anfang August 1914 für die damals bevorstehende Reisezeit bereits fertiggestellte, aber nicht mehr benutzte Kollektion wurde zurückgestellt. Man fabrizierte so gut und schlecht es eben ging mit den alten Walzen die ganzen Kriegsjahre hindurch. So wurde aus der Not eine Tugend, und langjährige Wünsche mancher Fabrikanten nach zweijähriger Karte wurden dadurch zur Tat. Man hat die Händler daran gewöhnt, das Publikum kann selten beurteilen, ob das Muster alt oder neu ist und die Tapetenfabrikanten sparen die sonst üblichen jährlich wiederkehrenden Ausgaben für Formstecherarbeiten. Mit der Karte von 1914 soll nun aber nicht nur das laufende Jahr 1919, sondern auch 1920 gereist werden. Dann aber soll nicht etwa eine vollständig neue Musterkarte gestochen werden, sondern je nach Größe der Fabrik sollen dann bis 20 neue Muster hinzugekommen werden dürfen. Trotz der beiden Richtungen in der Tapetenbranche, in dieser Sache waren die Herren sich einig, weil dadurch der Hauptausgabeposten in Wegfall kommt, und dann ein über alle Maßen hoher Gewinn erzielt wird, besonders wenn man hinzurechnet, daß für die Tapete jetzt ganz bedeutend höhere Preise gefordert werden; denn in letzter Zeit wurde noch einmal ein Aufschlag von 33 Proz. auf die Ware festgesetzt.

Welche nachteiligen Wirkungen die obigen von nachher Profitgier geleiteten Beschlüsse haben, ist klar und bereits recht fühlbar für die davon betroffenen geworden. Die Musterzeichner sowohl

wie die Formstecher sind fast überflüssig geworden. So werden ganze Berufe vom Erwerbleben einfach ausgeschaltet, damit die Tapetenfabrikanten sich die Taechen füllen können. Hier wäre es am Platze, wenn unser Zentralvorstand in dieser Sache einmal Schritte beim Demobilisationsaussechub in Berlin unternehmen würde. Die Tapetenfabriken produzieren jetzt noch mit den Erzeugnissen der Formstecher, die ihnen vor der Kriegszeit zu recht billigen Preisen geliefert wurden. Wäre es da nicht sehr angebracht, daß die Fabrikanten gezwungen würden, entsprechende Entschädigungen an die von solchen Beschlüssen in Mitleidenschaft gezogenen Formstecher usw. zu bezahlen. Eine gesetzliche Handhabe müßte eben dafür geschaffen werden. Gewiß mag die Lösung recht schwierig sein, aber wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg.

Wir waren gut genug, um den Besitzenden während des Krieges ihr Hab und Gut zu schützen und nun zum Dank werden wir Formstecher einfach kalblütig aufs Pflaster geworfen. Daß nicht jeder andere Arbeit machen kann, braucht nicht des näheren betont zu werden. Erinnerung sei nur an die älteren Leute und an unsere Kriegsbeschädigten und Krüppel. Arbeit ist selbst in der jetzigen Zeit fast nirgends zu bekommen, und wo welche vorhanden ist, werden Löhne bezahlt, deren man sich gegenüber anderen Leuten tatsächlich schämen muß.

J. G.

Ortsberichte.

Eilenburg, Formstecher. Am 12. Juli fand unsere regelmäßig den zweiten Sonnabend nach dem Ersten tagende Versammlung statt. Im ersten Punkte der Tagesordnung gab der Vorsitzende die Vertagung des Gautages bekannt. Über Punkt 2: Agitationspflicht fand eine rege Aussprache über die jungen Kollegen statt. Hierauf gab der Kartelldelegierte einen ausführlichen Bericht und wies unter anderem auf das am 3. August hier stattfindende Gewerkschaftsfest hin. Ferner wurden die hier fast in allen Werkstätten anzutreffenden ungesunden Lohn- und Arbeitsverhältnisse kritisiert und zu deren Abstellung energisch aufgefordert. Hier am Orte befinden sich zurzeit 23 organisierte Kollegen, welche im Berufe tätig sind, diesen stehen 23 Lehrlinge gegenüber. Einige Kollegen sind noch außer dem Beruf beschäftigt. Ferner sei noch zu bemerken, daß die wohlbekannt, wenn auch nicht beliebte Firma A. Vökel von hier (resp. Bad Schmiedeberg) wieder in die Fremde gezogen ist, und zwar nach Einbeck, um dort ihr Glück zu versuchen. Sie nennt sich jetzt Südhannoversche Druckwalzenfabrik G. m. b. H. Sodann kamen noch örtliche Angelegenheiten zur Sprache.

Einbeck, Formstecher. Unsere Monatsversammlung vom 19. Juli war von sämtlichen Kollegen besucht. Der Vorsitzende verurteilte das Verhalten von zwei zuzuerstehenden Kollegen, welche sich weder an den Arbeitsnachweis noch an den Auskunftserteiler gewandt hatten. Er wies darauf hin, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, sich bei Stellenwechsel an den Arbeitsnachweis zu wenden und nur durch den Nachweis vermittelte Stellen anzunehmen. Sodann erstattete der Kartelldelegierte den Bericht von der letzten Sitzung. Ferner soll zugunsten der heimkehrenden Kriegsgefangenen eine Sammlung veranstaltet werden. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten eines früher organisierten Kollegen, der sich jetzt als Heimarbeiter befähigt, aufs schärfste verurteilt. Es wurden 2 Kollegen beauftragt, mit diesem »Auch-Kollegen« Rücksprache zu nehmen, da ja seine Arbeiten in einer der hiesigen Werkstätten nichts im Wege steht. Auch möchten wir die Kollegen der übrigen Filialen nochmals darauf aufmerksam machen, auf die Heimarbeit strengstens zu achten, da nach uns zugegangenen sicheren Nachrichten die Stecher M. und L. in Nordhausen immer noch zu Hause schustern, obwohl in den Vereinbarungen in Hannover die Ausgabe von Heimarbeit streng verboten ist.

Stellenangebote

Mehrere Messing-Stecker

werden durch den **Arbeitsnachweis** gesucht.
C. SCHUBART, Berlin-Lichtenberg,
 Ritterstraße 24.

I. Nachschneider, Farb-ätzer (Fertigm.), Schwarz-ätoätzer u. Andrucker

für Schwarz und Farben, nur beste Kräfte, gesucht. Angebote mit Zeugnissen und Lohnforderungen an

Gust. Heß, Frankfurt a. M.,
 Stiftstraße 29/33.

Maschinen-Retuscheur

nur erste Kraft findet Berücksichtigung. Guter Zeitsner levozt Masten und Gehaltsansprüche erbeten

Wimmer's Graphische Werkstätten
 Chemnitz, Theaterstraße 18.

Pack-Stricke

erhalten sie noch preiswert bei

Johannes Deckelmann,
 HAMBURG 11.

Graphische Fachklassen

Entwurf- und Werkstatt-Ausbildung
 Auskünfte durch die
 Kunstgewerbeschule

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle.

Preis inkl. Porto 1,60 Mk.
Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
 — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos. —

KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 35, Wiener Straße 50
 Peranuf: Moritzplatz 12/280.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamsten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.

„Enoldin“ Druckpaste — speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere.

„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfeht

H. Schnurr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
 Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.